



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

249 (10.6.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191722](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191722)

Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, hat die ungarische Regierung in dieser Angelegenheit sowohl an die österreichische Regierung, wie an die deutsche Reichsregierung eine mündliche Note gerichtet, in der gegen die Abschiebung der ungarischen Kommunisten Verwahrung eingelegt wurde. Die ungarische Regierung hat darauf hingewiesen, daß Bela Kun und Genossen von der Budapest Staatsanwaltschaft wegen geheimer Verbrechen angeklagt und ihre Auslieferung von Oesterreich schon seit Monaten verlangt wird. Die ungarische Regierung ersucht in der Note, diese Leute nach Rußland zu befördern, eine Umgehung der internationalen Rechtsprinzipien. Schon der Umstand, daß Oesterreich die Auslieferung der internierten Kommunisten mit dem Vorwand, daß diese „politische Verfolgte“ seien, abgelehnt hat, hat viel dazu beigetragen, das Verhältnis der beiden Nachbarstaaten zu trüben. Wenn daher die Abschiebung nach Rußland Tatsache werden sollte, so würde dies der überaus notwendigen Verständigung Ungarns mit Oesterreich bedeutende Hindernisse in den Weg legen. Die österreichische Regierung wurde in der Note um Aufklärung der Angelegenheit ersucht und die deutsche Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht, daß sie durch eine Einwilligung zu der Beförderung Bela Kuns und Genossen über Deutschland bei einer Rechtsbeugung behilflich sein würde.

Staatskanzler Dr. Krenner gab darauf dem ungarischen Gesandten in Wien, Dr. Graf die Erklärung ab, es liege tatsächlich ein Gesuch der internierten Kommunisten vor, in dem diese ihren Abtransport nach Rußland erbitten, die Frage sei auch erörtern, aber das Gesuch abgelehnt worden. Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung wären nicht geführt worden, seines Wissens hätten nur deutsche und österreichische Kommunisten versucht, die deutsche Regierung zur Einwilligung zu dem Durchtransport zu bewegen. Bela Kun und Dr. Leoben, sowie die anderen Internierten befänden sich in Steinhof. Die Antwort der deutschen Reichsregierung steht aus.

Wie die Wiener „Reichspost“ und Budapest Blätter demgegenüber feststellen, trifft die angeführte Meldung in vollem Maße zu und die Erklärungen Dr. Krenners bezwecken nur die Verschleiерung und Verschönigung des geplanten Unternehmens. Es sei zwar Tatsache, daß die internierten Kommunisten noch in Steinhof sind, ihre Abschiebung nach Rußland aber, so bemerken die Budapest Blätter, nur durch die „vorzeitige“ Veröffentlichung vereitelt.

Unter der Fremdherrschaft.

Berlin, 10. Juni. (Von unv. Berl. Büro.) In Verbindung mit dem Streik in der ersten schlesischen Zone wurden, wie bereits gemeldet, zahlreiche Ausweisungen verfügt. Es wurden eine Reihe von Arbeitern abgehoben und zumteil auch den Familienangehörigen der Ausgewiesenen bei Vermeidung der Ausweisung die Abreise bis zum Sonntag befohlen. Einzelne der Arbeiter wurden auch zeitweilig in Haft genommen.

In der nächsten Woche wird die Konferenz der Troopspresse in Schleswig stattfinden, die sich mit dem dänischen Vertrag beschäftigen wird.

Nach einer Verfügung der alliierten Kommission ist der Aufenthalt in der ersten Zone für die Ausreise nach Ost vom 16. Juni ab, wieder eingeführt worden. Die Pässe werden von dem Passbüro der alliierten Kommission in Hensburg erteilt, also nicht mehr wie zuvor in Hamburg. Von der Reichsregierung wird versucht werden, diese Bestimmung, die hauptsächlich die Sommerreisenden nach Ost trifft, abzuschwächen, oder ihre gänzliche Aufhebung durchzuführen.

Berlin, 10. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der Kreisrat von Hensburg hat ebenso wie der Provinzialrat von Schleswig-Holstein gegen den von der Entente entworfenen deutsch-dänischen Vertrag (s. Nr. 247) Protest eingelegt.

Berlin, 10. Juni. (Von unv. Berl. Büro.) Zu der bereits gestern mitgeteilten beschleunigten Auflösung der ober-schlesischen Sicherheitswehr und ihre Ersetzung durch Polizei stellte keine klare Aussicht über diesen Punkt geben, jedoch zum mindesten mit der Ablicht einer solchen Maßnahme gerechnet werden muß. Es liegt auf der Hand, daß ha-

durch ganz sinnlos eine Verächtlichmachung der an sich schon gespannten Lage eintritt, und daß von deutscher Seite der schärfste Widerspruch dagegen erhoben werden mußte.

Oppea, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilgesellschaft auf der Boka-Bank zu hören, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober- und unteren Seilbahnen den Franzosen, dem Führer und seinen beiden Söhnen ein Handgemachte, das angeblich durch Gewehrfeuer von am Ufer stehenden Franzosen verursacht worden war. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser gestürzt; einer ist ertrunken.

Die Kartoffelverföhrung der Pfalz im Wirtschaftsjahr 1920/21.

Im Gegenstand einer längeren Besprechung, die am gestrigen Mittwoch in Reusatz zwischen den Vertretern der großen landwirtschaftlichen Organisationen der Pfalz, den Vorständen der pfälzischen Kommunalverbände, den Vertretern des Kartoffelgroßhandels und den Gewerkschaften sowie der Kreisregierung der Pfalz stattfand, seiens der bayerischen Landeslandwirtschaftliche wohnste Regierungsdirektor Freudenberger-München der Besprechung teil, der u. a. erklärte, daß Bayern für die bekannte Reichsversorgung, wonach die Bedarfsmenge auf dem Wege der Veriegrungsverträge festgelegt werden soll, nicht zu haben war. Bayern habe auch weiter die Beibehaltung der Zwangsverföhrung verlangt, in der aber zwei Vorschläge ausgearbeitet, die der Kreisregierung entgegenkommen würden. Der erste gehe dahin, die Zwangsverföhrung aufrecht zu erhalten, den Landwirten aber dahin entgegenzukommen, daß ihnen noch in reichlichem Maße Kartoffeln zum eigenen Verbrauch freigegeben werden. Ein zweiter Vorschlag will, daß nur diejenigen Mengen abgeliefert werden sollen, die nach dem Reichsbedarfs abzugeben sind. Ueber den Rest seiner Urnte könne der Landwirt frei verfügen, sobald der Bedarf des Kommunalverbandes gedeckt ist. Für die Pfalz wolle man ausnahmsweise das Reichsbedarfs zulassen. In der Besprechung gaben die landwirtschaftlichen Organisationen die Erklärung ab, daß sie gegen jede Zwangsverföhrung seien und die freie Vertriebung verlangten. Die Kommunalverbände bekamen auf diese Weise viel mehr Kartoffeln als unter der Zwangsverföhrung. Die Vertreter der Kommunalverbände sowie die Vertreter der Arbeiterpartei erklärten, daß sie sofort für die Aufhebung der Zwangsverföhrung seien, wenn sie die Garantie hätten, daß die Stadtbevölkерung auch mit Kartoffeln genügend versorgt und der Preis ein angemessener sein würde. Die Vertreter der Landwirtschaft gaben eine diesbezügliche Erklärung ab, daß alle Kartoffeln, die für die Landwirtschaft einnehmlich seien, in die Städte geliefert werden sollen. Auf ein bestimmtes Quantum könne man sich natürlich nicht festlegen, weil man noch gar nicht wisse, wie die kommende Ernte ausfallen wird. Schließlich einigte man sich auf einen Antrag des Regierungspräsidenten Wagner-Spinner, der folgendes bestimmt: Kartoffeln dürfen nicht ausgeführt und Speisekartoffeln nicht abtransportiert werden. Im übrigen soll freie Vertriebung sein, jedoch sollten die landwirtschaftlichen Organisationen alles tun, um die Stadtbevölkерung mit Kartoffeln zu versorgen. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Die bayerische Landeslandwirtschaftliche wird nun das Nähere mit dem Reich und Bayern besprechen. Es besteht allerdings die Gefahr, daß die Aufhebung der Zwangsverföhrung in der Pfalz diese Frage für das ganze Reich auswirkt. Die Verhandlungen sind noch im Gange, die Verhandlungen sind 25-40 Mark und für Speisekartoffeln 30 Mark genehmigt hat und dementsprechende Vorschläge dem Reich unterbreitet hat.

Deutsches Reich.

Milchlieferungsstreik.

Berlin, 10. Juni. (Von unv. Berl. Büro.) In der Provinz Pommern hat ein Milchlieferungsstreik eingesetzt, der sich hauptsächlich auf die Kreise Föcknitz und Westbuden erstreckt. Von den Bauern wird mit allen Mitteln gegen diesen Streik vorgegangen werden. Inzwischen sind bisher nicht gemeldet, daß die begehrte Erzeugung der Konsumgüter, vor allem der Arbeitsschäfte die Lage nicht unbedenklich erscheinen.

Kleine meiere Erhöhung der Fleischpreise.

München, 10. Juni. (Priv.-Tel.) Wie die „Rind, Augsb. Abg.“ hört, hatte das Reichsernährungsministerium die Absicht, die Fleischpreise noch weiter zu erhöhen. Durch energische Vorstellungen Senneris ist erreicht worden, daß diese erteilte Erhöhung der Fleischpreise nicht eintritt.

Baden.

Die Durchführung der neuen Beföhrungsordnung. Karlsruhe, 10. Juni. (Priv.-Tel.) In einer Zeitungsmeldung ist darüber gefasst worden, daß mit der endgültigen Föhrung der Beföhrung die in dem neuen Beföhrungsgefetz vorgesehen sind, immer noch zurückgehalten wird und zunächst nur Vorschuh-

zahlungen auf die neuen Beföhrung geleistet werden. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß es den maßgebenden Behörden gelingt die Beföhrungsordnung innerhalb Monatsfrist zu Ende zu führen. Demgegenüber wird in einem längeren amtlichen Brief der „Karlsruher Zeitung“ der Grund der Verzögerung dargelegt, die hauptsächlich auf die Einziehung der zahlreichen neuen Beamten zurückzuführen ist und auch besonders noch durch die Prüfung der Beamten hinausgezögert wird. Erst nach Beendigung des Beföhrungsdienstes können die Beföhrung der Beamten nach der neuen Beföhrungsordnung fertiggestellt und angewiesen werden. Selbstverständlich werde alles getan werden, um die neue Beföhrungsreform so schnell als möglich durchzuführen, aber es würde immerhin noch einige Monate dauern, bis die neuen Beföhrung angewiesen werden könnten.

Letzte Meldungen.

Revolution in Belgien?

Paris, 10. Juni. (Pr.-Tel.) Eine Meldung des „Revue Parisien“ besagt, daß in der Nacht zum 6. Juni in Belgien die bolschewistische Revolution ausgebrochen sei.

Die Truppenbestände in der neutralen Zone.

Berlin, 10. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß sich in der neutralen Zone von heute ab nur die von der Entente bewilligten zehn Bataillone, 12 Schwadronen und eine Batterie befinden.

Die Abstimmung im Telesener Gebiet.

Prag, 10. Juni. (Pr.-Tel.) Zu der Frage der Abstimmung im Telesener Gebiet schreibt das amtliche Blatt „Tschoslawskaja-Rep.“, daß durch den Volksaufstand in dieser in ein neues Stadium getreten sei. Es gelte fautes Blut zu bewahren und jede überflüssige Erregung zurückzuführen. Dadurch, daß Bereich von Antrag nicht zurberhand abgemittelt habe und erst Besprechungen mit den berufenen Träger Stellen und dem Parlament zu pflegen wüßte, erhalte, daß die Gründe der Entente lo gewichtig wären, daß der Antrag schließlich bedingungslos angenommen werden müßte. Injere Republik, die ein volkstümlicher Ratstag bei der Lösung dieser Frage ist und sein will, wird ihre Interessen fest, aber nicht unbedacht zu verteidigen wissen.

Gesellschaftliche Reformen in Oberschlesien.

Deutschen, 10. Juni. (Drabder) Nach der Oberstufe „Kriegspost“ betrug die Kohlenförderung Oberschlesiens im Mai 2 233 230 Tonnen, der Hauptertrag 1 810 301 Tonnen, der Kohlenbestand 236 359 Tonnen. Die Wagnersche Kohlenwerke war gut; es fehlten nur 0,1 Proz. Nach polnischen Blättern hat die Kohlenkommission des Obersten Rates die bisherige Austellung von ober-schlesischen Kohlen an Polen um 150 000 Tonnen monatlich auf 400 000 Tonnen erhöht. Die Erhöhung soll dem Wiederaufbau der polnischen Industrie, besonders der Exportindustrie, dienen.

Beamtenfragen.

München, 10. Juni. (Priv.-Tel.) Die Beratungen über die Reichsversorgung betr. Bildung von Beamtenauschüssen sind in Berlin abgeschlossen. Die Verordnung wird in nächster Zeit erlassen und die Bildung von Beamtenauschüssen einseitig für das ganze Reich regelt. Nach der „Münch. Ztg.“ ist die bayerische Forderung von Hauptbeamtenauschüssen für die bayerische Zweiteilung der Reichszentralbehörde abgelehnt worden. Doch wird es sich das bayerische Verkehrsministerium nicht nehmen lassen, bei den Zentralstellen des Reichsverkehrs- und Reichspostministeriums Hauptbeamtenauschüsse zu errichten. Wie das Blatt weiter mitteilt, hat der Rat der bayerischen Verkehrsbehörden an die Berliner Reichsregierung ein Telegramm gerichtet, in dem mitgeteilt wird, daß das bayerische Verkehrsministerium um unersetzliches Aufnahmehilfe in den Reichsdienst ersucht und zwar in Anbetracht der bayerischen Beibehaltung. In einer engeren Verkehrsabteilung wurde einstimmig beschlossen, daß sich das Personal der bayerischen Verkehrsanstalten (Bahn und Post) nur dann in den Reichsdienst übernehmen lassen kann, wenn es nicht schlechter gestellt wird, als die Beamten im bayerischen Dienst.

Laufverträge in der pommerschen Landwirtschaft.

Berlin, 10. Juni. (Von unv. Berl. Büro.) In der Provinz Pommern waren vor der Verhängung des Belagerungsstandes in 5 Kreisen Laufverträge in der Landwirtschaft abgeschlossen worden. Während des Ausnahmezustandes wurden in den übrigen Kreisen Laufverträge einseitig durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes wieder hinfällig geworden sind. Das preussische Landwirtschaftsministerium hat deshalb Kommissare entsandt, um auch dort geordnete Tarifverträge abzuwickeln, was im Regierungsbezirk Stettin bereits gelungen ist. Heute finden Verhandlungen in Cöslin statt. Auch in Stralsund sind Schwierigkeiten kaum zu erwarten.

Die Deutschösterreichische Dichtung der Gegenwart.

Von Dr. Hanns Martin Effer.

Zu den bedeutendsten Aufgaben aller wissenschaftlich arbeitenden Historiker und Schriftsteller gehört es zweifellos, von Zeit zu Zeit eine Uebersicht und Umschau über den Kulturzustand einer Epoche anzustellen. Zu solcher Uebersicht und Umschau haben wir auch gegenwärtig wieder allen Anlaß. Wir müssen uns von neuem auf die höheren geistigen und künstlerischen Werte besinnen, die wir noch unerschöpflich unter eigen nennen, da alle Einrichtungen und menschlichen Kulturgebäude um uns her zu Wanken beginnen oder sich bereits zerbröckelt haben. Nur durch solche Rückkehr zum Wesentlichen, Rückkehr zum Menschlichen unter den menschlichen Schöpfungen kann die Kraft erhalten und wieder erweckt werden, Zusammengebrochenes neu aufzubauen, nicht zu verzagen, der Zukunft zu vertrauen.

Das alte Oesterreich ist auseinandergebrochen. Wie es gewesen, wird es nie wiederkehren. Und doch stellt es eine Kultur von eigenem Reiz und höchstem Werte dar. Das brachte nicht zuletzt die österreichische Kunst zum Ausdruck: es gab eine speziell österreichische Kunst, eine österreichische bildende Kunst, eine im besonderen Sinne österreichische Literatur, es gab spezifisch österreichische Kulturwerte und menschliche Gattungsarten. Sind sie nun auch mit dem staatlichen Bau plötzlich verfallen, in sich zerfallen geworden? Oder eignen ihnen doch ein höherer Wert, der sie ins Weltlose hinein- und ihr Fortleben und Fortwirken verleiht?

Am Grabe des alten Oesterreichs und beim Beginne eines neuen Oesterreichs hat die Beantwortung dieser Frage tiefen Sinn. Denn sie ergibt die Erkenntnis der wiesigen Fruchtbarkeit, die Befestigung der noch vorhandenen österreichischen Elemente des österreichischen Volkstums. Deshalb kann keine Arbeit mehr begrißt werden, als die, die sich bemüht, zu zeigen, worin der wahre Wert des Oesterreichertums besteht. Das Oesterreichertum in seiner deutschen Begründung! Die anderen Nationalitäten haben sich vom spezifisch Oesterreichlichen entschieden abgewandt und leben nun trotz ihrem einst gelösten Volkstum. Das Deutschtum allein hat sich trotz staatlicher Zerrung den wahren Wert bewahrt, der ihm bewußt von der Grenze Italiens im Westen bis zum Banater Schwanenbium in Rumäniens Ebenenstammern. Das Deutschtum allein hält noch fest an jenem Oesterreichertum, das das deutsch-österreichische Wesen nennt und der reichsdeutschen Art, und das in seinen besonderen Werten auch seine Reichsdeutschna hat.

Mehr als jeder andere Kunstreich ist die Literatur geeignet, alle weltlich-wissenschaftlichen Inhalte eines Volkes zu offenbaren. Darum wird man von der Dichtung her am unvollkommensten in das Wesen des heutigen Deutsch-Österreichs eindringen vermögen. Wenn man besten Bedenkens nach erschaffen will, gilt es, sich ein eingehendes Bild von der deutsch-österreichischen Dichtung der Gegenwart zu verschaffen.

Der als Romanistiker und weltbekannte Dichtermäher Ilse-Ed Moders hat es in einem bedeutenden Werke „Die Deutsch-österreichische Dichtung der Gegenwart“ (Verlag Theodor Weisberg, Leipzig, 328 Seiten) unternommen, ein

Hilfsmittel für diese Aufgabe zu stellen, wie wir es bisher in deutscher Literatur noch nicht besaßen. Wohl haben Nagl und Zeller begonnen, eine deutsch-österreichische Literaturgeschichte zu schreiben, doch lassen sie ihre Aufgabe vor allem historisch an. Wadern legt aber den Nachdruck auf die Gegenwart. So er gibt nur diese in dem Zeitraum der letzten zwanzig Jahre. Dabei geht er von vorneherein unter höheren Gesichtspunkten vor. Anders er sich auf der einen Seite streng auf die Gegenwart, auf die letzten zwanzig Jahre beschränkt, erstreckt er hier Vollständigkeit und erreicht sie auch, soweit ich zu sehen vermag. Andererseits unterläßt er nie, zu fragen: Welche Intention wollen Wegweiser sein, und mit welchen künstlerischen Mitteln können sie für eine erfolgreiche Mitarbeit am allgemeinen Wiederaufbau des Kultur- und Geisteslebens? Diese Fragen geben ihm die Kraft des Zusammenfassens aller Einzelheiten und Einzeligkeiten. Dieser Literaturkennner seiner geistigen Heimat ist bereit von einem tiefen Gemeinheitsbewußtsein; er sieht in jedem deutsch-österreichischen Dichter das Gemeinliche, das, was sie im besonderen Sinne in Oesterreichern macht und untereinander verbindet, ohne dabei das Vermögen zu entbehren, sofort das Individuelle der einzelnen Persönlichkeiten herauszufinden.

Das Gemeinliche ist ihm aber das Entscheidende. Auf dieser Grundlage treibt er Unparteilichkeit an, sucht er universell, allen sich regenden Kräften gerecht zu werden. Diese Kräfte sind es, die er herausheben möchte, als gemeinsame und als individuelle Kräfte. Deshalb stellt er seine Ausführungen nicht auf die berühmten, anerkannten, erfolgreichen Gegenwartsgrößen, um sie sich dann die Kleinen, Kleineren und Kleinsten anzusehen, sondern er gruppiert in einer neuartigen, feststehenden Weise, gegen die sich natürlich hier und da, wie gegen alle Gruppierungen etwas einwenden läßt, nach den Strömungen, nach den Kräften, den Inhalten, den Gattungen.

Drei große Gruppen unterscheidet er: die Lyriker, die Erzähler und die Dramatiker. In sie ordnet er wieder die einzelnen dichterischen Offenbarungen ein: die Dicht mit in ihrer Stimmungskraft, in ihren Kultur- und Lebensformen, nach Romanik, Neoklassizismus, Neoromantik, Expressionismus, Frauenkult, öffentlichen Beziehungen um Art, Heimat und Krieg, nach religiösen Ideen und in ihrer mundartlichen Formung. Diese in einem besonders weisen Kapitel enthält. Die Gedichtkunst geht vom freieren epischen Gedicht aus und über zur epischen Prosa im Gedichtstamen, in der kulturgeschichtlichen Novelle, weiterhin zum Landstättlerroman, zu Volks- und Heimatdichtungen, zu Welt- und Gesellschaftsromanen, zu literarischen Arbeiten, zu reinen Unterhaltungs- und Populärromanen. Das Drama bietet sich schließlich nach seiner Form, nach seinen Stoffen in Geschichte, Sozialromane, Pöbelromane nach seinen Volksbindungen, in Toffen, Schwänken, Opern und Operetten.

Wit einer ganz einseitigen Sachkenntnis bewußt Ilse-Ed Moders eine Aufgabe, bei der Fülle von Dichtern — weil über achthundert Namen sehen durch sein Buch —, bei der überreich so-ebenem Produktivität, die Moders, annehmend zum weltausbreiteten Teile in eigener Person, sich nähert hat, kann er natürlich nicht immer so ausführlich sein, wie er es wohl gern gesehen hätte. Gleich diesem möchte man wohl, daß bei

manchem Werke ein wenig tiefer gegraben, daß mancher Dichter eingehender charakterisiert werde, und — wie das immer so ist bei der Behandlung aller Dichter einer Epoche — nicht immer ist man mit Moderss Urteilen einverstanden. Als ein echter Deutschösterreichler, der die Not des nationalen Kampfes mit rings an den Grenzen vordringenden fremden Nationalitäten aus eigenem Erleben kennt, steht Moders durchaus auf deutschnationalen Boden, zugleich ist er allen rein österreichischen Bewegungen abgewandt, und auch dem Expressionismus kann er noch nicht die Bedeutung gemessen, die ihm zukommt. Insofern ist man wohl ein und wieder leicht irritiert, wie z. B. über Rilke oder Hofmannsthal, ab. Darum bietet aber sein Standpunkt berechtigt: dadurch, daß er seine Individualität stark betont, gibt er ein viel lebendigeres Spiegelbild von der deutsch-österreichischen Dichtung, als wenn er bloß und schematisch alles gelten ließe.

So dürfen wir uns denn dieser neuen, bisher noch nie gebotenen Darstellung der Gegenwartsliteratur Deutsch-Österreichs herzlich freuen. Wir entnehmen aus ihr die Kräfte, die jenseits der ebenen schmerzlichen Grenzlinie bis weit nach Siebenbürgen und Dolomiten hinein rege sind, und wir erhalten einen vollen Überblick über das Schaffen der lebenden deutsch-österreichischen Dichter. Moders hat auf der einen Seite ein zuverlässiges Handbuch geschaffen, das in Zukunft niemand missen wollen wird, der sich mit deutsch-österreichischer Dichtung beschäftigt; auf der anderen Seite hat er aber eine so farbige, vielseitige, eingehende und zutreffende Darstellung der deutsch-österreichischen Dichtung gegeben, daß sie heranzog durch ihre Beschaffenheit, den Reizum ihres Inhaltes und die frische ihres Urteils. Möge das Werk, dem im Anbange eine gute Literatur über deutsche und deutsch-österreichische Dichter, Zeitschriften, literarische Vereinigungen und eine sehr dankenswerte Zusammenfassung einer deutsch-österreichischen Dichterei nebst einem Namenverzeichnis beigegeben sind, überall Anklang finden, damit es Moders möglich sei, von Aufgabe zu Aufgabe seine Arbeit weiter auf dem Laufenden zu erhalten, zu erweitern und zu vertiefen. Denn dieses Werk verdient mehr als nur ein Glimmerdasein, verdient lebendes Heimatrecht in allen Büchereien von Freunden deutscher Gegenwartsliteratur. Schon allein, weil man aus ihm das Erlebnis entnimmt, daß das Deutschtum voll unerschöpflicher Kräfte auch in Oesterreich getroffen in die Zukunft schauen darf: das Schaffen der Dichter Deutsch-Österreichs ist dafür eine Gewähr im reichsten Maße.

Dr. Herbert Eulenberg, Burgtheaterdirektor. Nach der Weidung eines Wiener Altsozialisten hebt Herbert Eulenberg an erster Stelle der Knabriter, mit denen über die Ueberrahme der Dichtung des Burgtheaters verhandelt werden soll. Wie man dazu aus Wien schreibt, müßte der Plan auf die stärkste Opposition der Wiener Dichter stoßen. Sie würden nicht begreifen, warum sie überlassen werden sollen, um einen Dichter, der nach dem Wort Hermann Behers nur durch seine Durchfälle berühmt ist, auf den Burgtheater, selbst zu erheben — einen Dichter, dessen romanistischer Natur nicht einmal in seiner reichsdeutschen Heimat die gerade in heutiger Zeit riefenreichen Schwierigkeiten der praktischen Theaterführung un- vertraut werden.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Ein ungültiges badisches Steuergesetz.

Von hervorragender fachmännischer Seite schreibt man:

Am 27. Mai d. J. hat der Badische Landtag ein von der Öffentlichkeit bisher kaum beachtetes Steuergesetz angenommen, nämlich „Das Gesetz über die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens im Rechnungsjahr 1920/21“. Wenn es sich dabei auch nur um ein Uebergangsgesetz bis zum Erlaß eines endgültigen Gesetzes über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer handelt, ist dasselbe doch aus verchiedenen Gründen grundsätzlicher Art besonderer Beachtung wert, vor allen Dingen deshalb, weil es in einem wesentlichen Punkte mit der Reichsgesetzgebung nicht in Einklang zu bringen und in so weit für ungültig zu erachten ist.

Gemäß § 9 des reichsrechtlichen Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 dürfen nämlich die den Ländern und Gemeinden übertragene Grund- und Gewerbesteuer nicht wie Einkommensteuern ausgestaltet, insbesondere also nicht nach der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen bemessen werden, sodaß u. a. eine Progression oder eine sonstige wie eine Progression wirkende Abstufung unzulässig ist. Indem das badische Gesetz — wie man nach seinem Wortlaut annehmen muß — die bisherige progressive Staffelung des gewerblichen Betriebsvermögens aus dem badischen Vermögenssteuergesetz übernimmt, enthält es einen offensichtlichen Verstoß gegen diese reichsrechtliche Vorschrift. Man wird gespannt sein dürfen, wie sich die Reichsbehörden hierzu stellen werden.

Aber noch aus einem anderen Grunde wird sich, wie anzunehmen ist, das Reich mit dem Gesetz beschäftigen müssen. Nach §§ 3 und 4 des Landessteuergesetzes kann nämlich das Reich gegen Landes- und Gemeindesteuern, welche die Steuereinnahmen des Reichs zu schädigen geeignet sind, Einsprüche erheben. Nun beweist sich zwar der staatliche Steuersatz von 1 1/2 Pfg. für 100 M Vermögen, der in dem badischen Gesetz für das Jahr 1920/21 festgelegt ist, in angemessenen Grenzen, sodaß in so weit eine Einsprache des Reichs nicht zu erwarten steht; dagegen räumt das Gesetz in § 5 den Gemeinden eine geradezu exorbitante Besteuerungsmöglichkeit ein, indem es ihnen gestattet, für 1920/21 bis zu 150 % der von ihnen im Steuerjahr 1919 erhobenen (bekanntlich schon außerordentlich hohen) Umlagen auf Gewerbe- und Liegenschaftsvermögen zu erheben.

So hat beispielsweise die Stadt Mannheim 1919 eine Umlage von 73 Pfg. für 100 M Vermögen erhoben, sie kann also für 1920/21 bis 100% Pfg. gehen. Für Staat und Stadt zusammen würde also die Belastung 122 1/2 Pfg. pro 100 M betragen, wobei zu beachten ist, daß ein Schuldensatz unzulässig ist. Unter Berücksichtigung der (nach obigen Ausführungen reichsrechtlich unzulässigen) Progression des gewerblichen Vermögens mit 65 % würde demnach beispielsweise ein gewerbliches Bruttovermögen von 50000 M ohne Rücksicht auf seinen Ertrag, ja sogar bei völliger Ertragslosigkeit mit 10.106 M = mehr als 2 % seines Bestandes, oder, wenn man eine Rentabilität von 5 % annimmt, mit über 40 % seines Ertrags durch die Gewerbesteuer vorweg belastet sein.

Daß das Reich eine solche Schmälerung der im zustehenden Einkommensbesteuerung ruhig mitanzusehen wird, ist wohl ausgeschlossen. Hat doch schon bei Beratung des Landessteuergesetzes, als ein Antrag auf Festsetzung einer Höchstgrenze durch staatliche und gemeindliche Ertragssteuern mit 20 % des Ertrags bzw. 1 % des Vermögensbestandes gestellt wurde, der Vertreter der Reichsregierung diesem Antrag widersprochen, weil ihm diese Sätze zu hoch erschienen (Bericht des 10. Ausschusses über den Entwurf eines Landessteuergesetzes S. 32 oben und Antrag Nr. 406 Ziff. 2, Seite 50/51 der Drucksache). Vom Standpunkt des badischen Steuerzahlers würde man eine Einsprache der Reichsregierung selbstverständlich nur begrüßen können, würde damit doch endlich einmal die Ansicht eröffnet, daß die unerträgliche steuerliche Anmaßstellung, unter welcher der badische Handel und die badische Industrie infolge der unglückseligen badischen Vermögenssteuergesetzgebung samentlich im Veraleich zu Mittel- und Norddeutschland zu leiden hat, beseitigt wird.

Mit allem Nachdruck muß aber auch gefordert werden, daß bei der in Vorbereitung befindlichen endgültigen Regelung der Grund- und Gewerbesteuer Baden nicht gesondert vorgeht, sondern daß — nachdem im Landessteuergesetz leider eine gleichmäßige Regelung dieser Steuern für das ganze Reich nicht erfolgt ist — das zu erlassende Gesetz in bezug auf die Art der Veranlagung und die Höhe der Steuersätze sich den Gesetzen der anderen Länder anpaßt; best es doch auf der Hand, daß die dauernde Aufrechterhaltung des gegenwärtigen steuerlichen Ausnahmezustandes für unser badisches Wirtschaftsleben von der folgenschwersten Bedeutung sein würde.

Pfälzische Mühlenwerke Mannheim.

Mannheim, 10. Juni. Die heutige Generalversammlung der Pfälzischen Mühlenwerke Mannheim wurde von dem Aufsichtsratsvorsitzenden Geh. Kommerzienrat Brosius mit Begrüßungsworten an die erschienenen Herren und der Feststellung eröffnet, daß 6 Aktionäre ein Aktienkapital v. 1.873.000 M vertreten. Dann gedachte der Vorsitzende des im vergangenen Geschäftsjahre verstorbenen Aufsichtsratsmitgliedes Bankier Schott in Straßburg. Der vorliegende Jahresbericht, sowie die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden einstimmig und ohne Aussprache genehmigt, dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Hiernach kommen von dem diesjährigen Reingewinn von 37.201 M wieder 10 % Dividende zur Verteilung, die Tantieme erfordert 31.800 M und 6000 M werden dem Talonsteuerekonto zugeführt. Auf Vortrag bleibt dann 79.701 M. In den Aufsichtsrat wurde Direktor Achille Baumann (Mikrich) neu gewählt.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf die Erhöhung des Aktienkapitals und die weitere Ausgabe von Obligationen. Der Vorsitzende gab folgenden Antrag bekannt: Das Aktienkapital soll von 2 Mill. M auf 4 Mill. M erhöht werden durch Ausgabe von 2000 Stück neuer Inhaber-Aktien zu 1000 M. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre bleibt ausgeschlossen. Die neuen Aktien werden von der Rheinischen Creditbank Mannheim zu 115 % übernommen mit der Verpflichtung, sie im Verhältnis von 1:1 zu 120 % den alten Aktionären anzubieten. Sie sind dividendenberechtigt ab 1. April 1920, also voll für das laufende Jahr. Dieser Kapitalerhöhungsantrag wurde einstimmig zum Beschluß der Generalversammlung erhoben. Außerdem wird zur weiteren Stärkung der Betriebsmittel eine Obligationenleihe im Betrage von 2 Mill. M ausgeben, die mit 4 1/2 % verzinst, die ersten 10 Jahre unkündbar und dann im Laufe der kommenden 30 Jahre zu 10 1/2 % rückzahlbar sein soll. Sie wird an 2. Stelle auf das Mühlenwerk hypothekarisch eingetragen. Auch die Emission dieser Obligationenleihe wurde einstimmig beschlossen und hierauf die Generalversammlung geschlossen.

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 10. Juni. (Draht.) Der Verkehr war im allgemeinen nicht sonderlich lebhaft, da die Schwierigkeiten der Regierungsbildung der Spekulation Reserve auferlegten. Die Kaufbewegung, die gestern für Montanaktien vorherrschte, hat nachgelassen. Es erfuhr bei Beginn zwar Deutsch-Luxemburger eine Kursbesserung von 3/4, Gelsenkirchener 5/8, doch hielten sich die Umsätze in mäßigen Grenzen. Andere Werte dieses Gebietes waren vernachlässigt. Adler-Kleber böten 4/8 ein, auch Daimler-Motoren abgeschwächt. Geringfügig waren die Kurschwankungen der Elektrizitätsaktien. Deutsch-Übersee gaben 1/4 auf 755 nach. Bad. Anilin verloren 4 auf 241. Elektron Griseheim unter Berücksichtigung des Kursschlags von 12 1/2 mit 288, 3/4 höher. Scheideanstalt, auch Farbwerke Höchst nur wenig verändert. Schiffahrtsaktien enthielten der Anregung. Norddeutscher Lloyd erfuhr eine Kurseinbuße von 3/4, Hapag besser gehalten. Schantungbahn setzten 3/4 höher ein. Lombarden schwächten sich etwas ab. In Kolonialwerten war die Umsatztätigkeit eng begrenzt. Otavi-Minen schwächer, auch Neu-Guinea 1/4 niedriger. 390. Südsee-Phosphat stellten sich auf 1925. Deutsche Petroleum wurden anfänglich mit 570 umgesetzt, erfuhr später eine mäßige Befestigung von 576—581. Als fest sind Zellstoff Waldhof zu erwähnen. 275. Die Haltung unterlag im weiteren Verlauf keiner wesentlichen Veränderung. Privatskont 4 %.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 10. Juni. (Draht.) Größere Zurückhaltung gab auch heute dem Börsenverkehr das kennzeichnende Gepräge. Eine einheitliche Tendenz trat nicht hervor. Die Kursgestaltung blieb unregelmäßig und war meist vom Zufalle abhängig. Immerhin herrschte Neigung zur Aufwärtsbewegung vor, woran besonders Oberschlesier beteiligt waren. So erfuhr Kattowitzer eine Steigerung von 9/16, Bismarckhütte eine solche von 3/4. Farbwerke waren billiger angeboten. Badische Anilin verloren 1/4. Elektrizitätsaktien erfuhr nur geringe Veränderungen bis auf Deutsch-Übersee, die etwa 20 % verloren. Schiffahrtsaktien besserten sich weiter. Auslandspapiere und Kolonialaktien gaben mit Rücksicht auf die Abschwächung der Auslandsdevisen nach. Schantungbahnaktien blieben jedoch 9 % gestiegen. Am Anlagemarkt hat sich nichts geändert.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 10. Juni. (Draht.) Am Produktenmarkt war die Haltung für Hafer auf vermehrte Nachfragen und auf Abladung etwas fester, obwohl von verschiedenen Seiten und besonders aus Schlessien Angebote vorlagen. Für Hülserfrüchte zeigte sich bei niedrigerem Preisangebot etwas mehr

Nachfrage. Peischnen und Ackerbohnen sowie Wicken, ferner Lupinen und Seradella waren nur wenig beachtet. Hier hatte ruhiges Geschäft. In Stroh herrschte größeres Angebot. Amliche Hafermottungen: Loko ab Bahn —, spätere Lieferung 2720—2800. Tendenz behauptet.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Ausstellung der Steuerkarten.

Die Vorschriften der §§ 45—52 des Einkommensteuergesetzes vom 20. März 1920 über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn sind mit Wirkung vom 25. Juni d. J. in Kraft gesetzt. Hiernach hat sich jeder Arbeitnehmer eine Steuerkarte ausstellen zu lassen und sie dem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung zum Einkleiben der Steuermarken vorzulegen. Die Ausstellung der Steuerkarten ist in Baden noch im Schoße der Vorbereitung. Die eingeholten Informationen besagen, daß im Rathaus Mannheim zwar die Steuerkarten bereit liegen, daß aber seitens des Landesfinanzamtes Karlsruhe die diesbezüglichen Anweisungen noch nicht ergangen sind.

Bromograph A.-G. Mannheim.

In der heutigen Generalversammlung gab der Aufsichtsratsvorsitzende Regierungsrat und Bankdirektor D. Janda bekannt, daß 297 Aktien vertreten seien. Jahresabschluss und Bilanz wurden einstimmig genehmigt. In den Aufsichtsrat wurde neu Prokurist L. Janda gewählt. Hiernach wird der nach Abzug des diesjährigen Gewinns im Betrage von 35.663 M verbleibende Verlust von 123.074 M auf neue Rechnung vorggetragen. Da die Erwartungen, die man an die Verlegung des Gesellschaftssitzes nach Berlin geknüpft hat, nicht erfüllt, verbleibt Verwaltung, Leitung und Sitz der Gesellschaft in Mannheim; in Berlin wird lediglich eine Vertretung unterhalten.

Einführung freier Fischauktionen auf den Fischmärkten.

Der Wirtschaftliche Verband der deutschen Hochseefischeren schreibt uns: Seit Pfingsten macht sich ein außerordentlicher Rückgang in der Nachfrage nach Fischen im Binnenlande bemerkbar. Das hatte zur Folge, daß der Fischveredelungs- und Fischhandel an der Küste nicht mehr in der Lage war, alle angebrachten Fische bei der Verteilung zu den vom Verband der Hochseefischeren festgesetzten Preisen abzunehmen. Zumal seit Pfingsten auch teilweise sehr große Zufuhren an den Fischmärkten waren. Der Wirtschaftliche Verband der deutschen Hochseefischeren sah sich daher genötigt, die freie Fischauktion einzuführen, um die Fische vor dem Verderben zu bewahren. Damit sind auch die vom Verband festgesetzten Verteilungspreise ungültig geworden, es gelten jetzt wieder die Auktionspreise als Einstandspreise für den Fischgroßhandel an der Küste. Die Auktionspreise sind infolge der geringen Nachfrage aber bedeutend niedriger als die Verteilungspreise waren.

Badische Anilin- u. Soda-Fabrik Ludwigshafen a. Rh.

Dan bei dem Ammoniakwerk Merseburg tätigen Herren J. Boller, Wilhelm Gerhart, Friedrich Göhring, Friedrich Müller und Alexius Schönberger ist Prokura erteilt worden. In gleicher Weise ist der hiesige Beamte in Ludwigshafen Willy Jungbluth zum Prokuristen bestellt worden.

Verleiner Creditreform.

Der 39. Jahresbericht der Verleiner Creditreform befaßt sich auch wieder mit wirtschaftlichen Tagesfragen. U. a. behandelt er das Kreditwesen. Die neuen Reichsteuern werden in seinem Gesamtergebnis als schwerer Fehlschlag bezeichnet. In weiteren Aufsätzen werden die Fragen Valuta, Außenhandel, Preisabbau, freie Wirtschaft im Zusammenhang behandelt. Das Kreditwesen hat nach wie vor bei dem fortgesetzten Wandel der wirtschaftlichen Verhältnisse besonders schwierige Aufgaben zu erfüllen. Da die Gestehungskosten ständig ansteigen, so war es kaum möglich, mit den Ausnahmestellen von Interesse sind auch die Ausführungen über Konkurrenzstatistik. Danach sind in den letzten 24 Jahren über sechs Milliarden Mark Konkursforderungen ausgefallen. Dieser Tatsache bildet für die Geschäftswelt einen Fingerzeig, von dem Auskunfts mehr als bisher Gebrauch zu machen. Das will besonders mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wandlungen auf dem Warenmarkt. Die Tätigkeit der Verleiner Creditreform, die über etwa 1000 Stellen für die schriftliche und mündliche Auskunftserteilung im In- und Auslande verfügt, hat sich gut weiterentwickelt. Die Mitgliederzahl der Verleiner ist auf rund 80.000 gestiegen.

Bayrische Vereinsbank in München und Nürnberg.

Eine ordentliche Generalversammlung soll neben der Genehmigung der Regularien Beschluß fassen über die Erhöhung des Grundkapitals um 21 Mill. M durch Ausgabe von 120.000 Aktien zu je 1200 M.

Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte.	
100 M. v. 1901/06-115.	99.80
100 M. v. 1912/101.	99.80
100 M. v. 1913/101.	99.80
100 M. v. 1914/101.	99.80
100 M. v. 1915/101.	99.80
100 M. v. 1916/101.	99.80
100 M. v. 1917/101.	99.80
100 M. v. 1918/101.	99.80
100 M. v. 1919/101.	99.80
100 M. v. 1920/101.	99.80
Bank-Aktien.	
100 M. v. 1913/101.	99.80
100 M. v. 1914/101.	99.80
100 M. v. 1915/101.	99.80
100 M. v. 1916/101.	99.80
100 M. v. 1917/101.	99.80
100 M. v. 1918/101.	99.80
100 M. v. 1919/101.	99.80
100 M. v. 1920/101.	99.80

Berliner Börse.

Festverzinsliche Werte.	
100 M. v. 1901/06-115.	99.80
100 M. v. 1912/101.	99.80
100 M. v. 1913/101.	99.80
100 M. v. 1914/101.	99.80
100 M. v. 1915/101.	99.80
100 M. v. 1916/101.	99.80
100 M. v. 1917/101.	99.80
100 M. v. 1918/101.	99.80
100 M. v. 1919/101.	99.80
100 M. v. 1920/101.	99.80
Bank-Aktien.	
100 M. v. 1913/101.	99.80
100 M. v. 1914/101.	99.80
100 M. v. 1915/101.	99.80
100 M. v. 1916/101.	99.80
100 M. v. 1917/101.	99.80
100 M. v. 1918/101.	99.80
100 M. v. 1919/101.	99.80
100 M. v. 1920/101.	99.80

Dividenden-Werte.

Transport-Aktien.	
100 M. v. 1901/06-115.	99.80
100 M. v. 1912/101.	99.80
100 M. v. 1913/101.	99.80
100 M. v. 1914/101.	99.80
100 M. v. 1915/101.	99.80
100 M. v. 1916/101.	99.80
100 M. v. 1917/101.	99.80
100 M. v. 1918/101.	99.80
100 M. v. 1919/101.	99.80
100 M. v. 1920/101.	99.80
Bank-Aktien.	
100 M. v. 1913/101.	99.80
100 M. v. 1914/101.	99.80
100 M. v. 1915/101.	99.80
100 M. v. 1916/101.	99.80
100 M. v. 1917/101.	99.80
100 M. v. 1918/101.	99.80
100 M. v. 1919/101.	99.80
100 M. v. 1920/101.	99.80

Devisen-Kurse.

Frankfurter Devisen.	
100 M. v. 1901/06-115.	99.80
100 M. v. 1912/101.	99.80
100 M. v. 1913/101.	99.80
100 M. v. 1914/101.	99.80
100 M. v. 1915/101.	99.80
100 M. v. 1916/101.	99.80
100 M. v. 1917/101.	99.80
100 M. v. 1918/101.	99.80
100 M. v. 1919/101.	99.80
100 M. v. 1920/101.	99.80
Frankfurter Notenmarkt.	
100 M. v. 1901/06-115.	99.80
100 M. v. 1912/101.	99.80
100 M. v. 1913/101.	99.80
100 M. v. 1914/101.	99.80
100 M. v. 1915/101.	99.80
100 M. v. 1916/101.	99.80
100 M. v. 1917/101.	99.80
100 M. v. 1918/101.	99.80
100 M. v. 1919/101.	99.80
100 M. v. 1920/101.	99.80

Frankfurter Devisen.

Frankfurter Devisen.	
100 M. v. 1901/06-115.	99.80
100 M. v. 1912/101.	99.80
100 M. v. 1913/101.	99.80
100 M. v. 1914/101.	99.80
100 M. v. 1915/101.	99.80
100 M. v. 1916/101.	99.80
100 M. v. 1917/101.	99.80
100 M. v. 1918/101.	99.80
100 M. v. 1919/101.	99.80
100 M. v. 1920/101.	99.80
Frankfurter Notenmarkt.	
100 M. v. 1901/06-115.	99.80
100 M. v. 1912/101.	99.80
100 M. v. 1913/101.	99.80
100 M. v. 1914/101.	99.80
100 M. v. 1915/101.	99.80
100 M. v. 1916/101.	99.80
100 M. v. 1917/101.	99.80
100 M. v. 1918/101.	99.80
100 M. v. 1919/101.	99.80
100 M. v. 1920/101.	99.80

Frankfurter Notenmarkt.

Frankfurter Notenmarkt.	
100 M. v. 1901/06-115.	99.80
100 M. v. 1912/101.	99.80
100 M. v. 1913/101.	99.80
100 M. v. 1914/101.	99.80
100 M. v. 1915/101.	99.80
100 M. v. 1916/101.	99.80
100 M. v. 1917/101.	99.80
100 M. v. 1918/101.	99.80
100 M. v. 1919/101.	99.80
100 M. v. 1920/101.	99.80

Frankfurter Notenmarkt.

Frankfurter Notenmarkt.	
100 M. v. 1901/06-115.	99.80
100 M. v. 1912/101.	99.80
100 M. v. 1913/101.	99.80
100 M. v. 1914/101.	99.80
100 M. v. 1915/101.	99.80
100 M. v. 1916/101.	99.80
100 M. v. 1917/101.	99.80
100 M. v. 1918/101.	99.80
100 M. v. 1919/101.	99.80
100 M. v. 1920/101.	99.80

